

1
2 **Verantwortung übernehmen: Überfälliges Veteranenkonzept endlich auf den**
3 **Weg bringen!**

4 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert, dass die im Koalitionsvertrag
5 angekündigte Übernahme der Verantwortung für unsere Veteraninnen und
6 Veteranen noch vor der Bundestagswahl in einem umfassenden
7 Veteranenkonzept realisiert wird.

8 Dieses Veteranenkonzept soll folgende Aspekte umfassen:

- 9 - Schaffung einer Veteranendefinition als Basis: „Veteran ist, wer außerhalb
10 der Bundesrepublik Deutschland in Krisen- und Kriegsgebieten im Auftrag
11 der Bundesrepublik Deutschland gedient hat.“ Abgrenzung dazu: Soldat
12 und Reservist.
- 13 - Schaffung eines bundesweiten Veteranen(gedenk)tages auf Grundlage der
14 Definition.
- 15 - Abschaffung / Beschleunigung der Gutachterverfahren hinsichtlich der
16 Anerkennung von psychischen Einsatzspätfolgen durch fachfremde
17 Personen.
- 18 - Ermöglichung des Zugangs zu Bundeswehrkrankenhäusern und die
19 Behandlung in selbigen für aus dem Dienst ausgeschiedene Veteranen im
20 Falle von Einsatzspätfolgen.
- 21 - Schaffung einer Veteranendatenbank, verbunden mit einer regelmäßigen
22 Nachsorge bei entsprechenden Soldaten.
- 23 - Schaffung besonderer Anlaufstellen in Form von z.B. Fallmanagern für
24 Veteraninnen und Veteranen im Falle sozialer Probleme; diese könnten
25 beispielsweise in den Jobcentern angegliedert sein oder mittels staatlicher
26 Förderung durch ehrenamtliche Stellen gewährleistet werden.

- 27 - **Öffnung der Fürsorge für Familienangehörige der betroffenen**
28 **Veteraninnen und Veteranen zur Vermeidung von**
29 **Sekundärtraumatisierungen.**
- 30 - **Regelmäßige Berichterstattung seitens Bundesregierung, wie viele**
31 **Veteranen sich aufgrund psychischer Einsatzfolgen suizidiert haben, wie**
32 **viele obdachlos oder gar inhaftiert sind.**
- 33 - **Schaffung eines „Beauftragten für Veteranenangelegenheiten“ im**
34 **Verteidigungsministerium, analog zum „PTBS-Beauftragten“.**

35 Begründung:

36 Gem. §31 Soldatengesetz (SG) hat der Bund im Rahmen des Dienst- und
37 Treueverhältnisses für das Wohl der Berufssoldaten und der Soldaten auf Zeit sowie
38 ihrer Familien, auch für die Zeit nach Beendigung des Dienstverhältnisses, zu sorgen.
39 Die Realität gestaltet sich jedoch weitaus schwieriger besonders bei aus dem Dienst
40 ausgeschiedenen Soldaten: Jahrelange Gutachterverfahren durchgeführt nach
41 Aktenlage und durch nicht-psychologische Gutachter bedrohen um Anerkennung
42 ihrer Einsatzspätfolgen kämpfende ehemalige Soldaten teilweise in ihrer Existenz
43 oder entmutigen diese, dass diese teils keinen anderen Ausweg mehr sehen und den
44 Weg des Freitodes wählen.

45 Während sich im Jahr 2013 die Regierungskoalition im Koalitionsvertrag¹ noch zu
46 einer Verantwortungsübernahme für Veteraninnen und Veteranen verpflichtet,
47 findet sich in dem in diesem Jahr herausgegebenen Weißbuch der Bundesregierung
48 nicht einmal mehr der Begriff „Veteran“, da sich das Verteidigungsministerium mit
49 einer Definition schwer tut bzw. sich einer solchen verweigert.

50 Der damalige Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière brachte bereits
51 2012 einen Veteranentag in die Debatte ein und lieferte eine erste Definition:
52 „Veteran ist jeder ehemalige Soldat, der die Bundeswehr ehrenhaft verlassen hat.“
53 Seitdem gab es im Rahmen einer Arbeitskreis-Sitzung im BMVg im Herbst 2015
54 einen ersten Anklang eines Definitionsversuches, den der Wehrbeauftragte des
55 Deutschen Bundestages im Januar 2016 auch in seinem Bericht niederschrieb.
56 Gemäß dieser Idee würde unterschieden zwischen Veteranen und Soldaten sowie
57 innerhalb dieser Gruppierungen zwischen denjenigen, die im Einsatz waren und
58 denen, die nicht in Einsätzen dienten. Es gäbe somit: Soldaten – Einsatzsoldaten –
59 Veteranen – Einsatzveteranen. Dieser Definitionsversuch ist jedoch nach wie vor nur
60 eine im Raum stehende Idee, da sich daraus die Frage ableitet, was denn nun genau
61 ein Einsatz ist... Sprich: Die Basis für eine ordentliche Veteranenkonzeption und
62 damit verbundene -kultur scheidet noch immer an der Definition, wer nun dazu

¹ Deutschlands Zukunft gestalten – Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD; URL:
https://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2013/2013-12-17-koalitionsvertrag.pdf; S. 176f.

63 gehört und entsprechend die besondere Fürsorge des Dienstherrn „Bundesrepublik
64 Deutschland“ in Anspruch nehmen darf.

65 Ohne eine entsprechende Definition kann die Bundesregierung jedoch weder eine
66 Statistik erstellen, wie viele Veteraninnen und Veteranen die Auslandseinsätze nun
67 bereits hervorgebracht haben. Bislang ist nur bekannt, wie viele Dienstposten
68 besetzt wurden: Soldaten, die mehrfach in Einsätzen waren, werden also auch
69 doppelt gezählt. Die Zahl von über 370.000 ist entsprechend nichtssagend.

70 In Gutachterverfahren kämpfen Veteranen, die an einer psychischen
71 Einsatzspätfolge leiden, gegen die bürokratischen Hürden: Diese erstrecken sich
72 nicht selten über Jahre und werden „nach Aktenlage“ durch fachfremde Gutachter
73 (z.B. Anästhesisten) durchgeführt. Am Ende stehen Gutachten im Raum wie z.B.:
74 „Beschusssituationen gehören zum Berufsalltag eines Soldaten und können daher
75 nicht als besonders belastend angesehen werden.“² Auch eine Neurodermitis in der
76 Kindheit wird gerne als Auslöser einer Posttraumatischen Belastungsstörung
77 begutachtet anstelle eindeutig traumatisierender Ereignisse im Auslandseinsatz. Am
78 Ende bleibt den so begutachteten Veteranen nur der juristische Streitweg gegen
79 seinen ehemaligen Dienstherrn.

80 Die deutsche Besonderheit des Status eines „Soldaten auf Zeit“ bedingt auch
81 Besonderheiten in der Sozialversicherungslandschaft: Nach Ablauf ihrer
82 Übergangsgebühren rutschen geschädigte – und im Zivilleben nicht
83 zurechtfindende – Veteranen unverzüglich in den Bezug des Arbeitslosengeld II ab
84 und auch der Weg in eine Krankenversicherung gestaltet sich bei diagnostizierten
85 Einsatzspätfolgen sehr schwierig. Ganz davon ab, dass auch hier der Veteran zum
86 Spielball wird: Im Falle der Behandlungsnotwendigkeit lehnt die
87 Krankenversicherung die Kostenübernahme aufgrund der „Verursachung“ während
88 der Auslandseinsätze ab. Aus diesem Grunde wäre ein direkter Zugang bei
89 Anfangsverdacht in einem BwK auch aufgrund der Spezialisten in entsprechenden
90 psychiatrischen Fachabteilungen eine dem §31 SG am nächsten kommende Lösung.

² vgl. Kleinheinrich: „Das Trauma geht weiter: Schlaglichter aus der Arbeit mit Veteranen und ihren Angehörigen“, in: Bohnert/Schreiber [Hrsg.]: „Die unsichtbaren Veteranen“, S. 255

91 Dabei dürfen aufgrund der sehr wahrscheinlichen Sekundärtraumatisierungen auch
92 Familienangehörige und Lebensgefährtinnen / - gefährten der Veteranen nicht aus
93 der Fürsorge durch die Bundeswehr ausgeschlossen werden.

94 Oftmals schämen sich Veteranen – trotz der Entstigmatisierung – für ihre
95 psychischen Einsatzfolgen und vertrauen sich daher nur selten unbekanntem / zivilen
96 Personen an. Besondere Anlaufstellen, die durch entsprechend geschultes / sogar
97 selber betroffenes Personal besetzt sind, können die Hemmschwelle senken. Gerade
98 Veteranen, die aufgrund ihrer Einsatzschädigungen den Gang „zum Amt“ scheuen,
99 können durch solche Kontaktstellen – oder niederschwelliges ehrenamtliches
100 Engagement z.B. durch Fallmanager – begleitet / ermutigt werden, sich Hilfe zu
101 suchen bevor sie komplett durch das soziale Sicherungsnetz fallen.

102 Gerade die geforderte Transparenz zu den Schattenseiten der Einsatzspätfolgen
103 gewährleistet, dass die Bundesregierung und auch das Parlament als Auftraggeber
104 für Auslandseinsätze sich bewusst werden, was es bedeutet, Soldaten in Kriegs- und
105 Krisengebiete zu entsenden: Eine Wahrnehmung einer immer größer werdenden
106 internationalen Verpflichtung darf niemals außer Acht lassen, welche (Langzeit-
107)Folgen damit in Deutschland entstehen können und dass die entsandten Soldaten
108 im Nachhinein abgesichert sein müssen. In den USA begehen durchschnittlich 22
109 Veteraninnen und Veteranen pro Tag Suizid – so eine Entwicklung wollen wir in
110 Deutschland nicht!

111

112

113

114 **FOLGEANTRAG:**

115 Im Fall des Beschlusses auf dem SHR am 28. August 2016 beantragt die Kommission
116 EASP, dass dieser Antrag auf dem Deutschlandtag im Oktober durch die JU SH
117 gestellt wird.